

BERLIN AKTUELL

**BÄRBEL
BAS**



FÜR DUISBURG IN BERLIN.

**MAHMUT
ÖZDEMİR**



IMPRESSUM

HERAUSGEBER - V.I.S.D.P.:

MAHMUT ÖZDEMİR, MDB | BÄRBEL BAS, MDB

REDAKTION: JOHANNES JIANG | MANUEL REIß

LAYOUT & DESIGN: CHRISTIANE KRAMER

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

www.baerbelbas.de

www.oezdemir-fuer-duisburg.de

Texte werden z.T. über die SPD-Bundestagsfraktion bezogen.

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION



Liebe Leserinnen und Leser,

der SPD-Parteivorstand hat gestern einstimmig Martin Schulz als Kanzlerkandidaten nominiert und die Euphorie wächst mehr und mehr. Allein während seiner Rede gestern im Willy-Brandt-Haus sind 200 Menschen in die SPD eingetreten und auch die aktuellen Umfragewerte geben uns Rückenwind. Martin Schulz zeigt mit seinem Lebenslauf auch, dass bei und mit der SPD ein Aufstieg durch Leistung möglich ist. Dank seines Engagements für ein demokratisches und gerechtes Europa bringt er viel Glaubwürdigkeit mit.

Seine Kandidatur und die Übernahme des Parteivorsitzes stehen für einen echten Neubeginn in Deutschland und Europa. Martin Schulz ist ein deutscher Europäer und europäischer Deutscher mit großem Renommee weit über die Grenzen unseres Landes hinaus - nicht nur in der EU - sondern in vielen Ländern der Welt. Er war Kommunalpolitiker, Europapolitiker und gehört seit Jahren zur engeren Führung der SPD auf Bundesebene. In all diesen Aufgaben hat er eines gezeigt: Er kann führen und integrieren.

2

Jetzt werden wir gemeinsam mit ihm durchstarten. Am Ende ist natürlich auch das Programm entscheidend und da steht das Thema Soziale Gerechtigkeit für uns als SPD im Vordergrund. Das hat Martin Schulz auch am vergangenen Mittwoch bei seiner Rede in der SPD-Bundestagsfraktion und gestern im Willy-Brandt-Haus ausdrücklich betont.

Weitere Themen der vergangenen Sitzungswoche waren der Jahreswirtschaftsbericht, die Verbesserung des Einsatzes von Bodycams und Videoüberwachung, die Integration der Muslime in Deutschland, die Bekämpfung von Unregelmäßigkeiten im Gesundheitssystem, die Lärmschutzregelungen für Sportvereine, die Forschung zu Infektionskrankheiten und der Wechsel auf der Regierungsbank.

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Bärbel Bas

Mahmut Özdemir



Inhaltsverzeichnis

WIRTSCHAFT Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht	3
INNERES Den Einsatz von Bodycams und Videoüberwachung verbessern	6
INTEGRATION Muslime in Deutschland: in der Mitte der Gesellschaft	7
UMWELT gelockerter Lärmschutz hilft Sportvereinen	8
GESUNDHEIT Schluss mit Unregelmäßigkeiten im Gesundheitssystem	9
FORSCHUNG Mehr Pharmaforschung gegen Infektionskrankheiten	10
PERSONAL Wechsel auf der Regierungsbank	11

TOP-THEMA

WIRTSCHAFT

Gabriel: Der wirtschaftliche Erfolg ist der Erfolg der Menschen in Deutschland

Drei Jahre lang hatte er an dieser Stelle immer positive Nachrichten zu vermelden, drei Jahre ging es bergauf, Schritt für Schritt. Am vergangenen Donnerstag hat sich Sigmar Gabriel als Bundeswirtschaftsminister verabschiedet. Zum letzten Mal hat der Minister den Jahreswirtschaftsbericht im Bundestag vorgestellt und die Rekordzahlen am Arbeitsmarkt und beim Bruttoinlandsprodukt verkündet.

Die Zahl der Erwerbstätigen wird sich demnach nochmals um 320.000 auf mehr als 43,8 Millionen Menschen erhöhen und die deutsche Wirtschaft im Jahr 2017 um 1,4 Prozent zulegen.

Der deutschen Wirtschaft geht es gut. Das zeigt der Jahreswirtschaftsbericht 2017 der Bundesregierung. Demnach ist 2016 ist das Bruttoinlandsprodukt um preisbereinigt 1,9 Prozent und damit so stark wie seit 2011 nicht mehr gestiegen. Und auch dieses Jahr soll es weiter aufwärts gehen. So liegt zum Beispiel die Zahl der Beschäftigten mit mehr als 43 Millionen auf einem Rekordhoch. Dem Bericht zufolge bilden die steigenden Einkommen bei



einem gemäßigten Anstieg der Verbraucherpreise günstige Rahmenbedingungen für die privaten Haushalte. Die Haushalte wiederum weiten ihre Konsumausgaben im Vergleich zur jüngeren Vergangenheit überdurchschnittlich aus und investieren kräftig in Wohnbauten. Der hohe Beschäftigungsstand trägt, so der Bericht, nicht nur maßgeblich zur Chancengerechtigkeit und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland bei, sondern leistet auch einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme.

Steigende Ausgaben des Staates für Konsum und Investitionen

Der Staatshaushalt erzielte im Jahr 2016 einen Überschuss in Höhe von 0,6 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Die gute Lage der öffentlichen Haushalte ermöglicht steigende Ausgaben des Staates für Konsum und Investitionen.

Thomas Oppermann, SPD-Fraktionsvorsitzender, betont: „Wir wollen, dass Deutschland auch weiterhin wirtschaftlich stark und wettbewerbsfähig bleibt. Dafür müssen wir heute die notwendigen Voraussetzungen schaffen: Mit Investitionen in Bildung, ein schnelles Internet und leistungsfähige Verkehrswege. Wir fordern die Union auf, sich dem nicht länger zu verweigern und die Überschüsse des Bundes aus dem Jahr 2016 für notwendige Investitionen in diesen Bereich einzusetzen. Mit 6 Milliarden Euro könnten zum Beispiel 3500 Schulen und berufliche Schulen saniert und für den digitalen Unterricht fit gemacht werden. Wir finden: Wer hart arbeitet und dem Staat Überschüsse erwirtschaftet, der darf zurecht erwarten, dass seine Kinder gute Schulen vorfinden, er schnell ins Internet kommt und Straßen und Eisenbahnen in bestmöglichem Zustand sind.“

Auch Hubertus Heil sagt: „In Deutschland müssen wir die gute wirtschaftliche Lage nutzen, um weiter in die Zukunft zu investieren – vor allem in bessere Schulen und in digitale Innovationen. Ich hoffe, dass Bundesfinanzminister Schäuble seine Blockade gegen diese Zukunftsinvestitionen bald aufgibt.“

Die deutschen Unternehmen werden dem Bericht zufolge im Projektionszeitraum etwas mehr in Ausrüstungen und Maschinen investieren, um die langsam steigende Nachfrage aus dem Ausland bedienen zu können.

Der Welthandel bleibt dagegen verhalten und könnte sogar beeinträchtigt werden. Die Risiken, insbesondere aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld, bleiben beachtlich. Das dämpft laut Wirtschaftsbericht die Aussichten für die Exporte und damit auch die Investitionsneigung der Unternehmen in Ausrüstungen und Bauten. Alles in allem ist derzeit jedoch kein Abbruch des stetigen Aufwärtstrends absehbar.



Berlin Aktuell

Newsletter der Bundestagsabgeordneten
Bärbel Bas & Mahmut Özdemir
Ausgabe 02/2017 – 30.01.2017

Nun wechselt Sigmar Gabriel ins Auswärtige Amt, seine Nachfolgerin im Wirtschaftsressort wird die erfahrene SPD-Politikerin und bisherige Staatssekretärin Brigitte Zypries. Ihr bisheriges Amt wird der SPD-Abgeordnete und Wirtschaftspolitiker Dirk Wiese übernehmen. Gabriel erklärte in seiner Rede unter Bezugnahme auf den Titel des Jahreswirtschaftsberichts, „Für inklusives Wachstum“, dass wirtschaftlicher Erfolg mit sozialer Gerechtigkeit zusammenhinge. Gabriel verwies auch auf die zahlreichen Erfolge seiner Amtsperiode: Mindestlohn eingeführt und erhöht, Niedriglohnssektor verkleinert, Tarifeinheit gestärkt, klammen Kommunen unter die Arme gegriffen, massenhaft in die Infrastruktur investiert.

Entlastungen nicht für Millionäre

Leider profitierten nicht alle davon, so Gabriel. „Das ist alles noch nicht weit genug“, aber wir sind ein gutes Stück vorangekommen“, so der Minister. Die Koalition, mit der SPD-Fraktion als Treiber, sei auf dem Weg, Wohlstand für alle zu organisieren. Als ein Beleg gilt für ihn die Tatsache, dass heute mehr als eine Million Jobs mehr in Deutschland existieren als zu Zeiten der Vorgängerregierung. Dieser wirtschaftliche Erfolg sei der Erfolg der Millionen Menschen, die jeden Tag hart arbeiten und das Land voranbringen. Sie seien die Ursache dieser guten Entwicklung.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass sich einige Leute von der Politik im Stich gelassen fühlen. Auch Gabriel gab zu bedenken: „Viele Leute, vor allem auf dem Land, fühlen sich aus dem Blick der Politik verschwunden“. Ganze Landstriche verlören den Anschluss, warnte Gabriel. Deshalb müssten die bestehenden Haushaltsüberschüsse investiert werden. In Bildung, in Straßen, Schulen, Digitalisierung. Denn das seien die Herausforderungen der Zukunft.

Für Gabriel steht fest, dass es finanzielle Entlastungen für die Menschen geben müsse – „aber nicht mit der Gießkanne und nicht für Millionäre“. Er warb dafür, die Sozialabgaben zu senken, davon hätten insbesondere die Bezieherinnen und Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen mehr.

Der designierte Außenminister warnte zugleich vor dem Vormarsch autoritärer Antworten; liberale und soziale Demokratien seien auf dem Rückmarsch. „Die Europafeindlichkeit hat ein gefährliches Ausmaß angenommen.“ Sollten bei den Wahlen in den Niederlanden und in Frankreich den Europafeinden nach dem Brexit weitere Erfolge gelingen, „droht uns wirklich das Auseinanderfallen des größten Zivilisationsprojektes des 20. Jahrhunderts – nämlich der Europäischen Union.“ Deutschland wäre dann isoliert und würde weitere Partner verlieren: „Man kann die Lage gar nicht dramatisch genug empfinden, sagte Gabriel.“ Die Demokratiefeindlichkeit sei zurückgekehrt. Aber: „Die 85 Prozent, die jeden Tag arbeiten gehen, fleißig



sind, sich ehrenamtlich engagieren, die repräsentieren Deutschland, nicht die 15 Prozent Schreihälse.“

INNERES

Den Einsatz von Bodycams verbessern und Videoüberwachung gezielter ermöglichen

Mit einem neuen Gesetzentwurf, den der Bundestag am vergangenen Freitag in 1. Lesung beraten hat, soll die Bundespolizei neue Befugnisse zum Einsatz von so genannten Bodycams und automatischen Kennzeichenlesesystemen erhalten. Deren Einsatz kann die Fahndungsintensität vor allem bei grenzüberschreitender Kriminalität erhöhen.

Bodycams bedeuten mobile, körpernah getragene Videotechnik. Sie sollen insbesondere eine bessere Verfolgung von Straftaten ermöglichen und Gewaltdelikte gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte verhindern. Denn Angriffe auf Polizisten werden immer häufiger, ein Beispiel dafür ist die Brennpunktbildung bei bahnpolizeilichen Einsätzen.

Der Gesetzentwurf (Drs. 18/10939) sieht zudem vor, die Aufzeichnung von eingehenden Telefongesprächen in Einsatzleitstellen zu ermöglichen. Denn dort gehen häufig Anrufe wegen Suizidandrohungen, Bombendrohungen oder herrenlosem Gepäck ein. Werden die Anrufe aufgezeichnet, können sie bei Bedarf erneut zur Aufklärung gehört werden.

Videoüberwachung gezielter ermöglichen

Schon bevor der Islamist Anis Amri den Anschlag in Berlin verübte, hatte sich die Koalition auf ein Gesetz geeinigt, dass mehr Videoüberwachung an bestimmten Orten und Plätzen zulassen soll. Dabei geht es beispielsweise um Einkaufszentren. Ziel ist, eine erhöhte Sicherheit und Aufklärung von Straftaten zu erreichen. Um das möglich zu machen, muss aber das Bundesdatenschutzgesetz geändert werden.

Genau darüber hat das Parlament am Freitagmorgen in 1. Lesung beraten (Videoüberwachungsverbesserungsgesetz, Drs. 18/10941). Die Regelungen im Bundesdatenschutz müssen nun so angepasst werden, dass der Schutz von Leben, Gesundheit oder Freiheit bei Videoüberwachungsmaßnahmen in Einrichtungen und Fahrzeugen des öffentlichen Schienen-, Schiffs- und Busverkehrs und öffentlich zugänglichen Großanlagen wie Sport- und Vergnügungsstätten, Einkaufszentren und Parkplätzen von dort verweilenden Menschen als besonders wichtiges Interesse gilt.



Damit können die Betreiber solcher Anlagen, Einrichtungen oder Fahrzeuge in ihrem eigenen Interesse einen Beitrag zur Sicherheit für die Menschen dort leisten – der auch im öffentlichen Interesse liegt. Eine Verpflichtung Privater zur Videoinstallation bedeutet das jedoch nicht.

INTEGRATION

Muslime in Deutschland: in der Mitte der Gesellschaft

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in der vergangenen Woche mit mehr als 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer über bessere Teilhabe muslimischer Bürgerinnen und Bürger in Deutschland diskutiert. Die Sozialdemokraten freuen sich über die positive Resonanz, die die Fachkonferenz „Muslime in Deutschland“ mit Vertreterinnen und Vertretern der Verbände und der Islamwissenschaftlerin Lamya Kaddor hervorgerufen hat.

Die Diskussion um den Moschee-Dachverband Ditib zeigt, wie wichtig es ist, auf Augenhöhe über die alltägliche Situation von Muslimen in Deutschland zu sprechen: mit ihnen und nicht über sie. Konkrete Probleme müssen angepackt werden.

Die muslimischen Bürgerinnen und Bürger gehören in die Mitte unserer Gesellschaft. Zum weitaus größten Teil leben Muslime in Deutschland friedlich und distanzieren sich von Terror und Gewalt.

Es geht darum, das Grundgesetz als Basis unseres Zusammenlebens für alle anzuerkennen. In der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, bei der politischen Partizipation, aber auch bei der Entwicklung eines in Deutschland geprägten Islam müssen Fortschritte gemacht werden. Kontroversen müssen ausgetragen werden, seien sie innerhalb der Muslime oder auch über ihre Rolle und ihr Verhältnis zur Türkei und anderen Herkunftsstaaten.

Die SPD-Fraktion unterstützt eine Weiterentwicklung des Verbandes Ditib, der der türkischen Religionsbehörde unterstellt ist, damit sich Muslime in Deutschland unabhängiger und selbständig organisieren können.

Kommunales Wahlrecht für hier lebende Ausländer

In der Arbeitswelt werden immer noch häufig Diskriminierungen erlebt. Hier gilt es anzusetzen, damit wichtiges Potenzial nicht verloren geht. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten



fordern ein kommunales Wahlrecht für hier lebende und verwurzelte Ausländerinnen und Ausländer. Das Zusammenleben im Alltag funktioniert nur, wenn es von gegenseitigem Respekt getragen ist. Der Dialog der Religion und religiöse Bildung tragen entscheidend zu Toleranz und friedlichem Miteinander bei.

Die SPD-Abgeordneten Eva Högl, Kerstin Griese und Uli Grötsch ziehen aus dieser Veranstaltung das Fazit, dass sie regelmäßig zu einem solchen Dialog einladen werden. Der große Gesprächsbedarf auf dieser Konferenz habe gezeigt: Wir brauchen ein neues Miteinander und die SPD-Bundestagsfraktion will an den konkreten Fragen der Integration und Teilhabe weiter arbeiten. Vielfalt, auch religiöse Vielfalt, ist eine Chance.

UMWELT

Gelockerter Lärmschutz hilft Sportvereinen

Sportangebote vor allem für Kinder und Jugendliche haben in Städten und Gemeinden eine wichtige soziale, integrative und gesundheitliche Funktion und dürfen nicht an den Stadtrand gedrängt werden. Deshalb hat der Bundestag die Zweite Verordnung zur Änderung der Sportanlagenlärmschutzverordnung (Drs. 18/10483, 18/11006) am vergangenen Donnerstag beschlossen.

Der Lärmschutz in Ruhezeiten, wie ihn die bisherige Regelung für Sportanlagen in Wohngebieten vorsieht, hat dazu geführt, dass Sportvereine ihr Trainingsangebot für Jugendliche häufig reduzieren mussten. Oftmals konnten sie deshalb auch keine neuen Mitglieder aufnehmen. Dazu kommt, dass viele Schulen im Rahmen ihrer Ganztagsangebote mit Sportvereinen zusammenarbeiten und die Sportflächen am Nachmittag durch Schulen genutzt werden. Durch die bestehende Lärmschutzverordnung war bislang eine Verlagerung von Vereinstrainingszeiten in den Abend nur begrenzt möglich oder sogar nicht umzusetzen.

Die geänderte Lärmschutzverordnung erleichtert nun Sport in Wohngebieten. Dazu werden die Immissionsschutzwerte (Lärmschutzwerte) in den abendlichen Ruhezeiten von 20:00 bis 22 Uhr und am Nachmittag von Sonn- und Feiertagen zwischen 13:00 und 15:00 um fünf Dezibel erhöht. Das entspricht den Werten, die ansonsten tagsüber gelten. Außerdem kann der Mindestabstand von einem neuen Spielfeld zur Wohnbebauung geringer als die bislang gültigen 150 Meter ausfallen.



Darüber hinaus wird der Sportbetrieb auf Anlagen, die vor 1991 genehmigt oder zulässigerweise ohne Genehmigung errichtet worden sind, rechtlich besser abgesichert. Der Bonus für Altanlagen gilt auch bei Umbauten, Änderungen der Nutzung und einer leichten Überschreitung der Lärmschutzwerte. Darunter fallen beispielsweise das Verlegen von Kunstrasen oder Renovierungen. Die Maßnahmen werden in der geänderten Verordnung aufgelistet. Das bedeutet, dass Modernisierungsmaßnahmen nicht dazu führen, dass der Sportbetrieb dadurch eingeschränkt werden kann.

Kommunen und Sportverbände begrüßen die Änderung der Sportanlagenverordnung.

GESUNDHEIT

Schluss mit Unregelmäßigkeiten im Gesundheitssystem

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) hat in der letzten Zeit wegen überhöhter Zahlungen an Ruheständler und zweifelhafter Immobilienfinanzierungen öffentlich von sich reden gemacht. Im Zusammenhang mit dem Neubau der KBV-Zentrale soll die Organisation laut Bundesgesundheitsministerium offenbar „erheblich gegen gesetzliche Vorgaben“ verstoßen haben.

Damit solche skandalösen Entwicklungen in Zukunft verhindert werden, hat der Bundestag am 26. Januar das GKV-Selbstverwaltungsstärkungsgesetz (Drs. 18/10605, 18/11009) beschlossen. Das Gesetz stärkt die aufsichtsrechtlichen Möglichkeiten des Bundesministeriums für Gesundheit gegenüber den Spitzenorganisationen der gesetzlichen Krankenversicherung. Dazu gehören die KBV, die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung, der Spitzenverband Bund der Krankenkassen, der Medizinische Dienst des Spitzenverbandes Bund und der Gemeinsame Bundesausschuss.

Das Gesetz beinhaltet Vorgaben für die Haushalts- und Vermögensverwaltung, die internen und externen Transparenzpflichten sowie Kontrollmechanismen. Die Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung soll regelmäßig kontrolliert werden. Mit der verpflichtenden Einrichtung einer Innenrevision sollen Unregelmäßigkeiten unterbunden werden. Bei nachgewiesenen Abweichungen kann das Bundesministerium für Gesundheit eine „Person für besondere Angelegenheiten“ benennen und in die jeweilige Organisation entsenden, die sie dann berät und kontrolliert.



Die gelebte Mitbestimmung der Sozialpartner an der Sozialversicherung hat für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine sehr hohe Bedeutung. Deshalb haben wir dieses Selbstverwaltungsstärkungsgesetz immer kritisch begleitet und in intensiven Verhandlungen umfangreiche Änderungen durchgesetzt. Die Verfehlungen innerhalb der KBV müssen restlos aufgeklärt werden. Es ist für die SPD völlig unstrittig, dass wir eine vollständige Transparenz und bessere Aufsicht über die Vorgänge in der KBV brauchen. Allerdings darf man dabei nicht die gesamte Selbstverwaltung beschädigen.

Am Ende ist für uns als SPD-Bundestagsfraktion klar: Dieses Gesetz trifft jetzt die Richtigen – ohne das Prinzip der Selbstverwaltung zu beschädigen. Die SPD steht für eine starke Selbstverwaltung auch in der Zukunft.

FORSCHUNG

Mehr Pharmaforschung gegen Infektionskrankheiten

10

Der Bundestag hat am vergangenen Donnerstag den Koalitionsantrag zur Pharmaforschung zu Infektionskrankheiten (Drs. 18/10972) erstmalig beraten.

Weltweit nehmen die Infektionskrankheiten zu. Das stellt eine ernsthafte Bedrohung für die Gesundheit dar, weil die Anzahl der Krankheitserreger steigt, die gegen Arzneimittel-Wirkstoffe resistent sind. Das erhöht die Risiken in der Intensivmedizin, bei Routineoperationen und bei immungeschwächten Patienten, zum Beispiels bei Organtransplantationen. Allein in Europa sterben laut dem Europäischen Parlament 25.000 Menschen pro Jahr, weil Krankheitserreger gegen Antibiotika resistent sind, weltweit sollen es 700.000 Menschen sein.

Da die Forschung sehr kostenintensiv ist und die Gewinnmargen zu gering sind, haben sich viele Pharmaunternehmen aus der Wirkstoffforschung für Infektionskrankheiten und neue Antibiotika zurückgezogen.

In ihrem Antrag fordern die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung unter anderem auf:

- die nationale Förderung der Grundlagenforschung, der vorklinischen und der klinischen Forschung im Bereich der Antiinfektiva (Arzneimittel zur Behandlung von Infektionen) fortzusetzen und zu stärken und



- im Jahr 2017 eine „Nationale Wirkstoffinitiative gegen Infektionskrankheiten“ aufzulegen, die die nationale und internationale Vernetzung von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen vorantreibt.

PERSONAL

Wechsel auf der Regierungsbank

Der bisherige Bundesminister für Wirtschaft und Energie Sigmar Gabriel (SPD) ist neuer Außenminister. Brigitte Zypries (SPD) bis jetzt Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, übernahm das Amt der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie. Ihr Nachfolger als Parlamentarischer Staatssekretär ist der SPD-Bundestagsabgeordnete und Wirtschaftsexperte Dirk Wiese.

Anlass für die Kabinettsumbildung ist das Ausscheiden von Bundespräsident Joachim Gauck am 20. März 2017. Er hatte eine zweite Amtszeit für sich ausgeschlossen. Als Kandidaten für die Nachfolge hat die Koalition Frank-Walter Steinmeier nominiert. Die Wahl eines Bundespräsidenten findet am 12. Februar statt. Am 27. Januar erhielt Außenminister Steinmeier (SPD) von Bundespräsident Gauck seine Entlassungsurkunde, so auch Wirtschaftsminister Gabriel, der danach seine Ernennungsurkunde zum Außenminister entgegennahm. Brigitte Zypries wurde zunächst vor dem Deutschen Bundestag als Wirtschaftsministerin vereidigt, und im Anschluss bekam auch sie ihre Ernennungsurkunde im Schloss Bellevue.

Kurz vorgestellt:

Für den Niedersachsen und Lehrer Sigmar Gabriel ist es nach dem Amt des Bundeswirtschaftsministers in dieser Wahlperiode und dem des Bundesumweltministers in der letzten Großen Koalition von 2005 bis 2009 das dritte Amt als Bundesminister. Zusätzlich bleibt er Vizekanzler.

Die 63-jährige Juristin Brigitte Zypries bringt jede Menge Erfahrungen mit in ihr neues Amt. Sie war als Parlamentarische Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium zuständig für Informationstechnologie, Außenwirtschaft und Koordinatorin der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt. Zypries kennt das Amt einer Bundesministerin bereits: Sie war von 2002 bis 2009 Bundesministerin der Justiz.



Berlin Aktuell

Newsletter der Bundestagsabgeordneten

Bärbel Bas & Mahmut Özdemir

Ausgabe 02/2017 – 30.01.2017

Auch der 33-jährige Sauerländer Dirk Wiese ist Jurist. Seit 2013 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 2015 war Wiese Mitglied im Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Energie. Einen Namen als Wirtschaftspolitiker machte er sich als stellvertretender Leiter des Projekts der SPD-Fraktion #NeueErfolge – Vorsprung durch Innovation.